

# Der Nahostkonflikt im Lichte der deutschen und türkischen Medien

---

*Dr. Thomas Gutschker*

## **1. Die Ausgangslage: Wo stehen wir?**

Die Lage im Nahen Osten ein halbes Jahr nach dem Krieg im Gazastreifen lässt sich am treffendsten negativ beschreiben: durch die Aufzählung all dessen, das es nicht gibt – nämlich:

- es gibt keine Friedensverhandlungen zwischen Israel und Syrien, weder direkte noch indirekte (wie vergangenes Jahr unter türkischer Vermittlung);
- es gibt keinen Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern (wie vergangenes Jahr unter US-Vermittlung im

Zuge von Annapolis);

- es gibt keinen anerkannten Rahmen für Friedensverhandlungen mehr (weder durch Hamas noch durch Regierung Netanjahu; dies war bis März unter Ministerpräsident Olmert anders);
- es gibt keinen permanenten Waffenstillstand zwischen Hamas und Israel in Gaza, nur ein fragiles informelles Arrangement (dies war bis November 2008 anders);
- es gibt immer noch keine gemeinsame Regierung von Hamas und Fatah, obwohl darüber seit vier Monaten verhandelt wird.

Mit einem Wort: Auf praktisch allen diplomatischen und politischen Ebenen herrscht derzeit Stillstand. Dies hat wiederum Folgen für Politikfelder, die mit dem Nahostkonflikt gar nicht unmittelbar zusammenhängen: So sind in der EU alle Versuche, die im Juli 2008 vereinbarte Mittelmeerunion praktisch zu implementieren, seit dem Gaza-Krieg eingefroren worden. Es gibt zwar eine Übereinkunft (von November 2008), ein Generalsekretariat in Barcelona einzurichten, der arabischen Liga Beobachterstatus zu gewähren und Israel einen Stellvertreterposten im Generalsekretariat zu überlassen, doch finden derzeit keine Verhandlungen statt über die Budgetanteile, die auf die einzelnen Mitglieder der Mittelmeerunion entfallen.

Wieder einmal überlagert der Nahostkonflikt den Versuch der EU, eine aktive Nachbarschaftspolitik am Mittelmeer zu betreiben – die neue Union hat folglich den Geburtsfehler des Barcelonaprozesses geerbt. Betroffen sind auch die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Israel. Die seit langem diskutierte Aufwertung des Status Israels liegt

auf Eis. Beim nächsten Treffen beider Seiten am 15. Juni will die EU drei Bedingungen vorlegen, die erfüllt sein müssen, bevor Brüssel bereit ist, einen Zeitplan für konkrete Verhandlungen über eine Vertiefung der Beziehungen vorzulegen: Zweistaatenlösung zustimmen, Siedlungsbau stoppen, Gaza-Blockade beenden.

## **2. Die Regierung Obama – Hoffnung auf eine Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses?**

Gerade weil die Lage im Nahen Osten auf allen Feldern wie eingefroren erscheint, haben sich viele Hoffnungen mit dem Regierungswechsel in Washington verbunden. Barack Obama hat angekündigt, er wolle die Nahostpolitik – anders als seine Vorgänger Bush und Clinton – von Anfang an zur außenpolitischen Priorität erheben. Seine Ernennung George Mitchells zum Nahost-Sonderbeauftragten scheint diese Absicht zu untermauern.

Obama hat außerdem den neuen israelitischen Regierungschef Netanjahu empfangen, ebenso König Abdullah und den palästinensischen Präsidenten Abbas. Deutlicher als sein Vorgänger hat er bei diesen Treffen deutlich gemacht, dass die USA von Israel erwarten, dass es den Siedlungsbau komplett einstellt und sich zum Ziel eines Palästinenserstaats bekennt. Heute hat Obama in Kairo eine Rede an die muslimische und arabische Welt gehalten, die seit längerem als „Grundsatzrede“ angekündigt worden war. Die Erwartungen an den US-Präsidenten sind so groß wie seit langem nicht mehr. Allerdings stellt sich die Frage, ob Obama diesen Erwartungen gerecht werden kann und will. Wie mir scheint, beruhen sie nämlich zu einem Gutteil auf einer einseitigen Wahrnehmung der Politik der vergangenen Wochen. Man kann das sehr gut zeigen an den verschiedenen

Signalen, die seine Regierung an Teheran gesendet hat.

Da ist zum einen Obamas Rede von der „ausgestreckten Hand“, sein Angebot zu einem diplomatischen Neuanfang, seine Botschaft zum Neujahrsfest, die einen ganz anderen Ton anschlägt als es unter Bush üblich war. Aber das ist nur die eine Seite: Auf der anderen steht die Ernennung Hillary Clintons zur Außenministerin, einer Frau, die sich in den Vorwahlen als Hardlinerin in Sachen Iran profiliert hatte. Sie werde den Iran „auslöschen“, sollte er Israel angreifen, hatte sie versprochen und für noch schärfere („crippling“, also „lähmende“) Sanktionen geworben. Clinton hat in den vergangenen Wochen deutlich gemacht, bei Anhörungen im Kongress wie bei Besuchen in der Region, dass sie nicht an den Erfolg einer diplomatischen Initiative glaubt. Sie scheint im Wesentlichen vielmehr die Position von Dennis Ross zu teilen, den Obama zum Sondergesandten für den Iran erhoben hat. Nach Ross' Überzeugung muss ein diplomatisches „Engagement“ des Irans zeitlich eng begrenzt sein. Bei einem Scheitern hätte es aber den „Wert“, dass es in der nächsten Runde leichter würde, die Sanktionen gegen Teheran zu verschärfen.

Im Einklang mit diesen Skeptikern in seinem Umfeld hat Obama nach seinem Treffen mit Netanjahu Teheran eine – wenn auch sanft formulierte – Frist gesetzt, um bei den Verhandlungen über das Atomprogramm Fortschritte zu erzielen. Er hält außerdem – so behaupten es zumindest zwei frühere Diplomaten – an einem geheimen Programm fest, das Kräfte im Iran fördert, deren Ziel die Destabilisierung des klerikalen Systems ist. Sollte die anstehende Präsidentenwahl im Iran keinen Wechsel bringen, dürfte die diplomatische „Offensive“ vorbei sein, bevor sie überhaupt richtig begonnen hat.

Bei genauem Hinsehen hält sich Obama auch gegenüber Israel und den Palästinensern alle Optionen offen. Er hat der Gründung einer Gruppe zugestimmt, die die militärische Bedrohung Israels durch den Iran analysieren soll – ein Zeichen, dass die militärische Option gegenüber Teheran nach wie vor auf dem Tisch liegt. Er ist nach amerikanischen Medienberichten weder bereit, Israel eine Friedenslösung aufzuzwingen, noch die Regierung mehr als nur rhetorisch unter Druck zu setzen, den Siedlungsbau einzustellen.

Hier ist wichtig zu sehen, dass Obama für einen schärferen Kurs gegenüber Tel Aviv im US-Kongress keine Mehrheit finden würde. Bei der letzten Tagung der pro-israelischen Lobbygruppe Aipac haben die Führer der Kongressfraktionen einen gemeinsamen Brief formuliert, in dem sie im Wesentlichen die Position Netanjahus übernehmen und vor Verhandlungen über einen Palästinenserstaat erhebliche Vorleistungen von den Palästinensern erwarten. Konkret nennen sie vier Prinzipien, die Washington verfolgen soll in Nahostverhandlungen:

1. Washington soll den Verhandlungsparteien keine Vorschriften machen;
2. Israel trägt die größeren Risiken in der Region und bedarf der „hingebungsvollen Freundschaft“ der USA;
3. die Palästinenser müssen sich zu einem absoluten Gewaltverzicht verpflichten und staatliche Institutionen aufbauen, ehe es zu einer Lösung kommen kann.
4. Zudem sollen die arabischen Staaten ihre Beziehungen zu Israel ohne Vorbedingungen normalisieren. Von einer Zweistaatenlösung ist in dem Brief mit keinem Wort die Rede.

Alles in allem deutet aus meiner Sicht wenig darauf hin, dass die USA eine wirklich neue Linie verfolgen. Vielmehr könnte es gut sein, dass der Nahostkonflikt im engeren Sinne durch eine Eskalation im Verhältnis zum Iran wieder in den Hintergrund tritt – darauf scheint Netanjahu zu spekulieren. Es ist obendrein die Frage, wie viel politisches Kapital und wie viel Energie Obama hier investieren wird angesichts der drängenden Probleme in Afghanistan und der noch lange nicht bestandenen Wirtschaftskrise in den USA.

### **3. Was bedeutet das für Deutschland und die EU?**

Deutschland hat in den vergangenen Jahren ebenso wenig wie die EU eine profilierte Nahostpolitik verfolgt. Es hat im Wesentlichen die Initiative den USA überlassen und deren strategische Festlegungen übernommen. Das liegt nahe, weil Deutschland wie die USA über ein besonderes Verhältnis zu Israel verfügt, sich in der EU als Anwalt israelischer Interessen versteht und ausdrücklich auf eine Äquidistanz zu den Konfliktbeteiligten verzichtet. Dies wurde klar deutlich, als Kanzlerin Merkel in ihrer Neujahrsansprache das Selbstverteidigungsrecht Israels betonte und damit den israelischen Angriff auf Gaza im Kern legitimierte. Obwohl einzelne Oppositionspolitiker diese Festlegung seinerzeit kritisiert haben, darf man aufgrund vergangener Erfahrungen annehmen, dass jede andere Bundesregierung sich ähnlich positioniert hätte. Außenminister und SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier hat jedenfalls genauso argumentiert wie Merkel.

Die –natürlich historisch, aus dem Holocaust heraus begründete– deutsche Sonderbeziehung zu Israel ist politisch durch ein besonders starkes Engagement beim wirtschaftlichen und politischen Aufbau in

den Autonomiegebieten „abgemildert“ worden. Allerdings hat Deutschland – wie die EU und das Nahostquartett als ganzes – seine Kontakte zur Autonomiebehörde unmittelbar nach dem Wahlgewinn der Hamas eingefroren und die „drei Bedingungen“ des Nahostquartetts für eine Kontaktaufnahme mit der Hamas voll mitgetragen.

Manche Wissenschaftler fordern Berlin heute zu einer Äquidistanz gegenüber den Konfliktparteien auf und wünschen sich eine aktivere Rolle von Berlin. Es solle nicht nur die Symptome des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern kurieren, sondern sich proaktiv daran beteiligen, die Wurzeln dieses Konflikts zu beseitigen. Solche Forderungen beruhen allerdings auf einer Annahme, die selbst auf tönernen Füßen steht: dass es nämlich eine eigenständige deutsche Nahostpolitik geben könne. Diese Erwartung hat vor allem Außenminister Fischer geschürt, der den Nahen Osten in seiner zweiten Amtszeit (2002-2005) zur wichtigsten Priorität erhoben hatte. Fischers aktivistische Politik mit spontanen Vermittlungsaktionen zeitigte jedoch keine dauerhaften Erfolge und blieb Episode. Vielmehr trug er zum äußerst inkohärenten Auftreten der EU bei, deren nationale Außenminister sich in Ramallah und Jerusalem die Klinke in die Hand gaben und widersprüchliche Erwartungen weckten.

Ganz ähnlich agierte übrigens zu Jahresanfang Nicolas Sarkozy, der sich – trotz abgelaufener Amtszeit – immer noch als Ratspräsident sah (mindestens aber als Co-Vorsitzender einer nur auf dem Papier existierenden Mittelmeerunion) und parallel zur EU-Troika einen Waffenstillstand in Gaza auszuhandeln suchte. Auch das war wenig hilfreich, zumal Sarkozy alles tat, um die tschechische

Ratspräsidentschaft an den Rand zu drängen. Unvergessen bleibt der Ausspruch eines seiner Berater gegenüber der New York Times: „Nur weil jemand den Vorsitz der EU innehat, wird er damit nicht zu einem Akteur.“ Sarkozy hatte verhindern wollen, dass die Tschechen zum Gipfeltreffen in Scharm-el-Scheich eingeladen werden. Auf Drängen Deutschlands bekamen sie dann doch noch einen Platz am Tisch.

Ich glaube, dass solche Sonderrollen wenig bringen; wenn einzelne EU-Staaten führen wollen – was zweifellos notwendig ist –, sollten sie das in der Union tun, nicht daneben oder gar in Konkurrenz zu ihren Organen. Man sollte allerdings auch nicht erwarten, dass die EU neben oder in Konkurrenz zu den USA eine Führungsrolle im Nahen Osten ausüben könnte. Die USA sind und bleiben die einzige Führungsmacht, die Friedensabkommen im Nahen Osten auch garantieren kann. Der Drang nahöstlicher Führer nach Washington hat das in den vergangenen Monaten eindrucksvoll unterstrichen.

#### **4. Fazit**

Ich erwarte nicht, dass es in den kommenden Monaten zu größeren Bewegungen im Nahen Osten kommt. Wir werden wohl noch eine ganze Weile erleben, was Amerikaner „muddling through“ nennen und in Deutschland „Durchwursteln“ heißt. Es hängt natürlich einiges davon ab, wie die Wahl im Libanon, vor allem aber jene im Iran ausgeht. Sollte Mahmud Achmadinedschad im Amt bleiben, halte ich einen israelischen Militärschlag binnen eines Jahres für wahrscheinlich.

Was Israel und die Palästinenser angeht, so glaube ich, dass der Versuch gescheitert ist, einen Separatfrieden mit den Palästinensern im



Westjordanland auszuhandeln. Wenn es hier überhaupt wieder Fortschritte geben soll, müssen sich die Palästinenser zuerst auf eine gemeinsame Verhandlungsposition einigen. Davon sind wir denkbar weit entfernt.

Ich würde Ihnen gerne einen optimistischeren und hoffnungsvolleren Ausblick präsentieren. Aber ich habe in den vergangenen Jahren schon ziemlich viele Situationen erlebt im Nahen Osten, in denen Hoffnungen gekeimt sind – und schnell enttäuscht wurden. Vielleicht haben Sie eine andere Einschätzung, und ich freue mich darauf, darüber mit Ihnen zu diskutieren.